

In der Senatssitzung am 24. Januar 2023 beschlossene Fassung

Der Senator für Inneres

20.01.2023

Frage L 24

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 24.01.2023

„Jugendlicher bedroht Taxifahrer“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat die folgenden Fragen in der Fragestunde zum Thema „Jugendlicher bedroht Taxifahrer“ gestellt:

1. Inwieweit konnten im Fall der Bedrohung eines Taxifahrers mit einem Messer in der Bahnhofsvorstadt am 08. Dezember 2021, als sich ein 17-Jähriger Marokkaner nach dem Übergriff auf einen Taxifahrer vehement gegen seine Festnahme zur Wehr setzte und die Polizisten als Rassisten beschimpfte (Polizeimeldung 0899), der Tatverdacht gegen den vorläufig Festgenommenen Täter von der Polizei erhärtet werden?
2. Zu welchem Ergebnis führten die strafrechtlichen Ermittlungen (Einstellung, Strafbefehl, Anklage, Verurteilung, Freispruch, Haftstrafe et cetera) und konnte der Tatverdächtige gegebenenfalls inhaftiert und/oder abgeschoben werden?
3. Inwieweit und wie häufig ist der Tatverdächtige seither erneut strafrechtlich in Erscheinung getreten?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Der zum Zeitpunkt der Tat 17-jährige Beschuldigte soll den Geschädigten mit einem Messer bedroht haben. Im Zuge der polizeilichen Maßnahmen spuckte der Beschuldigte zwei einschreitende Beamte an und beleidigte sie. Das Verfahren gegen den Jugendlichen wurde am 28.07.2022 mangels hinreichenden Tatverdachts nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt. Der Beschuldigte ist nach der in Rede stehenden Tat erneut als Beschuldigter eines Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie einer Körperverletzung strafrechtlich in Erscheinung getreten.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Sowohl der Beschuldigte als auch die Geschädigten sind männlich.

E. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung der Vorlage mit der Senatorin für Justiz und Verfassung wurde eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 20.01.2023 der mündlichen Antwort auf die Fragen der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.